

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

15.9.1923 (No. 214)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erziehung:
Karlstr. 14
Jahrespreis:
Nr. 353
und 954
Verlagskonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B. Rebaudier
Carl Aug.
Ceyfelen,
Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und umgeben frei ins Haus geliefert für 10.-, 15. September 1.900.000 M. — Einzelnummer 200.000 M. — Anzeigengebühr: 6 Grundzeilen für 1 mm Höhe und ein Viertel Breite. Zustelljahr heute 400.000. Briefe an: Weiter frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Beiziehung und Konturverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je 6 bis 25. auf Monatsbasis erfolgen.

Der Reichsfinanzminister zur Lage

Ankündigung neuer harter Maßnahmen

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding in der gemeinsamen Sitzung des wirtschaftlichen und finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats werden nun veröffentlicht. Hilferding gab eine Übersicht über die gegenwärtige äußerst kritische finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er zeigte insbesondere, welche ungeheuren Ausgaben der Ruhrkonflikt erfordert und daß so, wie es bisher geschehen, nicht mehr weiter gewirtschaftet werden könne. Bestimmte Wege hierzu gab er nicht an und konnte er auch nicht angeben. Die Reichsregierung muß aber Mittel suchen, die Ruhransgaben einzufrieren, falls es möglich sein soll, den Deutschland ausgezogenen Kampf fortzusetzen und nicht bedingungslos vor Poincaré zu kapitulieren. Der Reichsfinanzminister hat in seiner letzten Rede das Wort vom „Segelkreuz“ aufgenommen. Das Bild, daß das Reichsschiff in schwerer Sturmsee sich befindet, ist treffend. Segelkreuz bedeutet durchaus nicht, das Schiff treiben zu lassen und talentlos sein Scheitern abzuwarten, sondern es ist im Gegenteil eine notwendige Maßnahme, um das Schiff steuerfähig zu erhalten, das Zerreißen der Segel und das Manövrierunfähigwerden des Schiffes zu vermeiden und dessen Strandung zu verhindern. Seit langem wird von der Notwendigkeit einer Mobilisation des passiven Widerstandes, der keine starke Wucht sein dürfte, sondern eine elastische Verteidigung sein müsse, gesprochen. In dieser Richtung wird sich auch die Politik der Reichsregierung zu bewegen haben, sie wird einen Weg suchen müssen, der es ihr und der Ruhrbevölkerung gestattet, den Kampf so lange fortzusetzen, als es im Interesse der deutschen Sache und des deutschen Abwehrens notwendig ist.

Das was der Reichsfinanzminister zur Ruhrfinanzierung und zu anderen notwendigen Ausgabebeschränkungen, wie auch zur Frage der Währungsreform, den Steuerfragen und zur ungeduldeten und unsozialen Steuer, der Inflationssteuer, gesagt hat, spricht für sich selbst. Im übrigen war seine Rede eine Programmankündigung in allgemeinen Zügen. Daß er sich in der heutigen Situation, wo die Anforderungen und Voraussetzungen von Stunde zu Stunde wechseln, nicht in Einzelheiten festlegen konnte, ist selbstverständlich.

Nach dem nunmehr vorliegenden Bericht erklärte Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, nachdem er die bisherige Stellung der Regierung zur Währungsfrage charakterisiert hatte, auf einige aus der Mitte des Reichswirtschaftsrats gestellte Fragen:

„Was die Lebensmittelversorgung anlangt, so kann ich mitteilen, daß bis zum 15. Oktober der Getreide- resp. Brots- und Mehlbedarf sichergestellt ist. Ferner arbeitet die Reichsgetreidekasse daran, Getreide zunächst aus der inländischen Ernte heranzubringen. Die Reichsgetreidekasse bezahlt mit Goldanleihe. Die Goldanleihe werden abgestempelt und können von den Landwirten als Steuerzahlung auf die Landabgabe benutzt werden. Es sei also hier ein werbefähiger Zahlungsmittelverkehr eingerichtet. Ich hoffe, daß es gelingen wird, auch die notwendige Fettzufuhr sicherzustellen.“

Dann ist ganz allgemein nach der Finanzlage gefragt worden. Sie läßt sich wie folgt zusammenfassen: Die Finanzlage ist eine solche, daß wir andere Ausgaben als die zur Erhaltung des Reiches notwendigen nicht werden leisten können. Die bedeutendsten Aufwendungen sind die Ausgaben für die Ruhr. Diese Ausgaben sind ganz außerordentlich gewachsen. Die Dinge haben sich im Ruhrgebiet folgendermaßen entwickelt: Wir haben vom Anfang der Ruhraktion an verhältnismäßig große Summen für Lohnversicherungen und für Erwerbslosenfürsorge zu zahlen gehabt. Heute muß man sagen, daß fast die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete zum großen Teil durch Reichsmittel ernährt wird. Sie können sich denken, was das für einen Aufwand bedeutet. Dabei ist es aber nicht stehen geblieben, sondern wir haben auch noch in steigendem Maße das Betriebskapital für dieses Gebiet aufbringen müssen. Die Dinge sind doch so: Es gibt keinen Abfluß, es gibt keinen Rückfluß. Die Werke arbeiten auf Lager oder sie beschäftigen die Arbeiter in irgendeiner Weise, ohne daß in Wirklichkeit Produkte hergestellt werden. Die Werke hatten also keine Einnahmen und forderten, daß die Löhne und auch die Kosten für die Beschäftigung der Arbeiter schließlich vom Reich getragen werden. Darüber hinaus werden Reichsmittel, man kann heute wirklich sagen, von einem großen Teil der Bevölkerung beansprucht. Vielleicht ist es etwas übertrieben, aber nach den Darstellungen, die mir zuteil geworden sind, beziehen in immer größerem Maße auch z. B. Angehörige der freien Berufe, Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler usw. bei der sehr hohen Inflationslage, in die sie gekommen sind, Unterstützung aus Reichsmitteln. Es kommt hinzu, daß auch der Handel in Form von Krediten Betriebskapital vom Reich erhalten hat. Ich erinnere daran, daß nach den letzten Urteilen im Ruhrgebiet alle Lebensmittelgeschäfte geschlossen hatten. Da die Verkäufer erwerbslos waren, bezogen sie zunächst Reichsmittelfürsorge. Dann verlangten sie zur Wiedereröffnung ihrer Geschäfte Kredit, um Lebensmittel einzukaufen. Es ist also nicht zuzufügen, wenn

ich behaupte, daß ein großer Teil der Bevölkerung des Ruhrgebietes aus Reichsmitteln bezahlt wird und wir außerdem einen erheblichen Teil des Betriebskapitals für die Aufrechterhaltung der mehr oder minder produktiven Arbeit dort antun zu leisten haben. Das ist der Zustand, den ich vorgefunden habe. Die Abhilfe! Für die Verteilung dieser Frage kommt der Umstand in Betracht, daß wir ja dort eine ordnungsgemäße und effektive Verwaltung gar nicht mehr haben. Alle unsere tüchtigen energiegelassen Beamten sind ausgewiesen. Zum größten Teil wird die Auszahlung der Lohnsummen und Erwerbslosenfürsorge durch die kommunalen Verwaltungen vorgenommen. Es ist klar, daß diese Kommunen im besetzten Gebiet in ganz außerordentlichem Maße unter dem Druck der Verhältnisse stehen, daß in diesen Industriezentren der Druck der Bevölkerung stärker wirkt und daß infolgedessen auch weniger berechtigten Ansprüchen nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten wird. Es bliebe also nur der andere Weg einer teilweise Einschränkung aller Ausgaben im besetzten Gebiet überhaupt. Diese Frage ist von außerordentlicher Tragweite.

Die Lösung des Ruhrproblems muß im Wege von besessenen geführten Verhandlungen gesucht werden. Das liegt selbstverständlich zuerst im deutschen Interesse, aber auch nicht minder im französischen, ja in dem aller anderen Staaten, denn ein plötzlicher Abbruch würde verhängnisvolle Folgen haben.

Erklärung

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) G. B., hat sich veranlaßt gesehen, folgende Erklärung abzugeben:

„In der letzten Zeit ist vielfach und von verschiedenen Verbänden der Versuch gemacht worden, unter Androhung von Boykott und anderen Schädigungen bei einer Weigerung, Zeitungen zur Veröffentlichung von zum Teil umfangreichen Erklärungen und Artikeln im einseitigen Interesse der betreffenden Verbände zu nötigen. Auf die gleiche Weise wird versucht, die Erörterungen der Forderungen der Verbände und die freie Kritik einzuschränken oder zu verhindern.“

Deshalb sieht sich die berufene Vertretung der deutschen Zeitungen zu der Erklärung veranlaßt, daß die Presse nicht die Interessen einzelner Berufsstände und ihrer Organisationen zu vertreten hat, vielmehr verpflichtet ist, Fragen wie beispielsweise auch Befehls- und Steuerfragen oder irgendwelche wirtschaftlichen oder politischen Forderungen und Vorschläge nach Maßgabe der Interessen des ganzen Volkes in voller Freiheit zu besprechen. Über die Aufnahme irgendwelcher Einseitigkeiten müssen allein die zuständigen und verantwortlichen Leiter der Zeitungen entscheiden, die sich die Pressefreiheit und die Grenze der Kritik lediglich durch ihre publizistische Pflicht und die gegebenen Gesetze bestimmen lassen. Sie würden ihre Pflichten gröblich verletzen, wenn sie sich durch Einwirkungsversuche wie die hier geschilderten, irgendwie beeinflussen ließen.

Verein Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) G. B.

Würden wir aber rein mechanisch alle Kredite abstoßen, dann ist die Gefahr da, daß die ohnehin sehr erregte Bevölkerung das nicht versteht, daß die Einflüsse der Rechts- und Finanzabteilungen auf diese Bevölkerung stärker werden, daß wir dort also zu höchst gefährlichen Irrtümern und Unruhen kommen.“

Auf der anderen Seite kann die Finanzwirtschaft nicht gefunden, wenn diese Ausgaben in der bisherigen Weise fortgehen. Ich muß es doch aussprechen: Nach allen Informationen, die mir zugänglich sind, wird die verhältnismäßige Weltfähigkeit auf dem Markt und werden die sehr starken Devisenansforderungen an der Börse wesentlich im Zusammenhang gebracht mit den starken Ausschüttungen im besetzten Gebiet. Wenn eine Änderung auf dem Geld- und Devisenmarkt erfolgen soll, so muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Mittel für das Rheinland geklärt werden. Ich habe gesagt, wie ungeheuer schwer eine solche Klärung ist; aber ich glaube, es ist jetzt ein Weg gefunden, auf dem wir zu erheblichen Einschränkungen der Summen kommen werden, die in das besetzte Gebiet fließen, Einschränkungen, die auch für die so sehr leidende Bevölkerung noch erträglich sein werden. Zusammenfassend will ich sagen, daß hinsichtlich der Befragung und ihre Folgen außerordentliche Anforderungen stellen, die in der vorgefundenen Form auf lange Dauer von den Finanzen nicht getragen werden können. Mit demselben Nachdruck aber muß ich erklären, daß auch alle anderen Ausgaben bis auf das Maß, das für die unmittelbare Erhaltung des Reiches notwendig ist, abgedrosselt werden müssen. Ich habe eine Reihe bestimmter Maßnahmen im Auge, die eine starke finanzielle Wirkung haben werden. Es werden harte Maßnahmen sein, aber sie werden und müssen durchgeführt werden, sonst wird niemand die Verantwortung für die Führung des Finanzministeriums übernehmen können.

Ich will an die finanziell unerträgliche und rasch zu besetzende Wirtschaft mit den Bauzuschüssen erinnern. (Sehr richtig!) Dabei spielt die Wohnungsbauförderung keine nennenswerte Rolle. So zahlen wir in Wirklichkeit augenblicklich sehr viele der Bauten, die im Deutschen Reich errichtet werden, zum

großen Teil aus Reichsmitteln. Das ist ein Betrag, der jetzt in die Billionen geht und für den Dedant nicht vorhanden ist.

Es muß endlich die Überzeugung in die Volksmassen hineingetragen werden, daß es keine schlimmere und keine ärgerere Steuer gibt als die Inflationssteuer. (Sehr richtig!) Demgegenüber ist jede Steueranpassung eine Wohltat, die man dem Volke erweist, ist eine jede Ausgabebeschränkung, wenn sie auch im ersten Augenblick noch so hart erscheinen mag, auf die Dauer ein Dienst am Volke gegenüber dem Fortschritt dieser Mordmaschine, der Notenpresse. Wenn das nicht in die Köpfe des Volkes hineingehämmert wird, wenn das Volk nicht endlich dazu erzogen wird, daß es verstehen lernt, daß die Inflation das wahre Unglück ist, wenn das Volk bei diesen Preissteigerungsmaßnahmen nicht mitläuft, dann gibt es für uns überhaupt keine Rettung mehr. Es ist die Aufgabe aller Wirtschaftskreise: der Gewerkschaften, der Industrie, der Landwirtschaft, diese Überzeugung in die Massen zu bringen und ihnen zu sagen, daß es überhaupt nur auf diese Weise eine Hilfe gibt und nicht durch irgendwelche technischen Mittel oder angeblich rettende Erfindungen. Man muß verstehen lernen, daß eine anständige und ehrliche Finanzabrechnung allein der Weg ist, der zum Ziele führt. (Lebhaft Zustimmung.)

Der Reichsfinanzminister ging dann auf die Frage der Erwerbslosigkeit über. Die Erwerbslosenversicherung liegt jetzt im Reichstag. Der finanzielle Teil der Vorlage muß in der einen oder anderen Weise in ganz kurzer Zeit zur Erledigung kommen. Wenn man vom Finanzminister verlangt, daß er nur noch produktive Arbeitslosenfürsorge leistet, so muß man sich auch darüber vollständig klar sein, daß wirklich produktive Erwerbslosenfürsorge infolge der sachlichen Kosten, die sie erfordert, vielleicht das 8- bis 10fache der bloßen Unterstüfung bedeutet. (Sehr richtig!) Auch auf der anderen Seite muß man sich darüber klar sein, daß es nicht angeht, die ganze Erwerbslosenfürsorge allein dem Reich aufzuhalsen, einem Reich, das nahezu zahlungsunfähig geworden ist. Ich will nicht davon sprechen, daß auch die Ausgabeverantwortung in den Ländern und Kommunen nicht mehr so weitergehen kann. Das einzige Mittel, um hier eine Änderung zu schaffen, besteht darin, daß die Länder und Kommunen wieder die Verantwortung für ihre Ausgaben erhalten. (Sehr richtig!) Das wird nur dann der Fall sein, wenn sie auch die Verantwortung für die Steuern, also eigene Steuerquellen haben. Unsere Sorge ist jetzt: Wie kommen wir über die nächsten Wochen hinweg? Wie sichern wir das Volk, daß nicht ein Chaos eintritt? Wie sichern wir die Existenz des Reiches? Ich sehe zwei Gefahren: Erstens eine Zurückhaltung der Ernte. Ich möchte die Vertreter der Landwirtschaft deshalb bitten, in ihren Kreisen alles daran zu setzen, daß der Erntezufuß in die Städte erfolgt. Und noch ein anderes, das zurückführt zu dem Thema der Währungsfrage. Es ist ganz sicher, daß Tendenzen zur Annahmeverweigerung der Papiermark bestehen. Man soll der Bevölkerung, statt ihr fortwährend zu sagen, jetzt kommt ein neues Zahlungsmittel, und das wird die Rettung bringen, ganz offen sagen, daß auch das neue Zahlungsmittel allein nicht sofort Rettung bringen kann, sondern daß dazu die anderen Maßnahmen notwendig sind, von denen ich früher gesprochen habe.

Es handelt sich, wie gesagt, augenblicklich um die kritischste Periode, die seit Gründung des Reiches überhaupt da war, vielleicht um die kritischste Periode, die in der Existenz eines großen Volkes je gewesen ist. Wenn das Reich zugrunde gehen sollte, gibt es auch keine deutsche Wirtschaft mehr. (Sehr richtig!) Alles, was wir heute fordern, ist nichts anderes als die Versicherungsprämie, die Sie sich selbst zahlen.

Zur Verlaufe der Debatte machte nach dem Reichsfinanzminister Reichswirtschaftsminister v. Kaumer Ausführungen über die Devisenfrage: In einem Lande, wo die Ausfuhr zurückgegangen, der Einfuhrbedarf aber konstant geblieben sei, mußte ein erhöhter und ungedeckter Devisenbedarf vorhanden sein. Die Einfuhren von Nahrungsmitteln, von Textilien, von englischen Kohlen müßten aber weiter laufen. Deshalb sei es sehr wohl erklärlich, daß Erscheinungen auf dem Devisenmarkt eingetreten seien, wie sie sich heute zeigten. Was demgegenüber geschehen könne, sei im besten Falle Abmilderung dieses Zustandes. Ein allgemeines Einfuhrverbot sei wegen der damit verbundenen unabsehbaren Konsequenzen un-durchführbar. Das Mittel, welches der Öffentlichkeit im allgemeinen entgangen sei, sei aber in den Ausführungsbestimmungen zur Devisenverordnung gegeben: Auf Grund der Handelskammerbescheinigungen dürfen Devisen gekauft werden, um den betreffenden Betrieb auf jeweils zwei Monate mit Rohstoffen und Halbzeug zu versorgen. Diese Kontrolle erfolgt tatsächlich und sie wird weiterhin geübt. Es wird, wenn eine ausreichende Bevorratung vorhanden ist, die Handelskammerbescheinigung einfach entzogen. Diese Möglichkeit der Einfuhrbeschränkung sei die einzig wirksame. Der Devisenkommissar sei bereits eingesetzt.

Im übrigen wies der Minister auf die Mittel hin, die zur Erleichterung der Devisenlage beitragen könnten. Insbesondere wies er dabei auf den Steinkohlenbergbau im unbesetzten Gebiet hin, da durch dessen Beförderung der Einfuhrbedarf der englischen Kohle herabgesetzt werden könnte.

Nach längerer Debatte wurde die vom Arbeitsausschuß für die Währungsfrage vorgeschlagene Entschließung mit Stimmenmehrheit noch im 1. Punkt ergänzt, so daß dieser Absatz nun folgendermaßen lautet:

„Die Wiederherstellung und Erhaltung eines wertbehaltenden Zahlungsmittels, das die Bedürfnisse von Staat und Wirtschaft befriedigt, ist ohne Beseitigung der Defizitwirtschaft bei den öffentlichen Gewalten, die eine weitgehende Entlastung der dort Beschäftigten zur Voraussetzung hat, und ohne die Betätigung aller Kräfte des deutschen Volkes nach dem Grade ihrer Leistungsfähigkeit zu höheren produktiven Arbeitsleistungen nicht möglich.“

Weitere Stimmen zur Kanzlerrede

Die Pariser Presse fährt fort, sich mit der letzten Rede Stresemanns zu beschäftigen. Die Blätter stellen ausnahmslos fest, daß die Vorbedingungen für den Beginn der regelrechten Verhandlungen mit Deutschland noch nicht erfüllt seien und auf eine rasche Regelung deshalb nicht gerechnet werden könne. Die Auffassung der Regierungskreise wird möglicherweise von dem gelegentlich offiziellen „l'homme libre“ wiedergegeben. Das Blatt fährt aus: Frankreich wolle die Schwierigkeiten, mit denen der Reichskanzler zu rechnen hat, nicht vergrößern. Es erkennt an, daß dank Stresemann eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen eingetreten sei, wodurch die Fühlungnahme zwischen dem französischen Botschafter und dem Kanzler ermöglicht wurde, die unter Umständen nicht möglich gewesen wäre. Frankreich wolle Zahlungen erlangen und nicht den Ruin Deutschlands, aber es müsse an den Grundfragen, die die Basis seiner Politik bilden, festhalten. Es gehe zu weit, wenn Stresemann einen Preis für die Einstellung des passiven Widerstandes fordere, obgleich er die Unhaltbarkeit der Widerstandspolitik selbst einsehe und obgleich der Widerstand ohnedies seinem Ende entgegengeht.

Der „Matin“ erklärt, daß der völlige Zusammenbruch des passiven Widerstandes nahe bevorstehe. Frankreich könne sich also nach Belieben mit den Bewohnern des Ruhrgebietes einlassen oder sich mit der Berliner Regierung verständigen, falls Stresemann verständige Vorschläge macht. Eintrüben könne von solchen keine Rede sein, da Stresemann den Verzicht auf den Widerstand nach von Bedingungen abhängig macht.

Die extrem-nationalistischen Organe fordern die Regierung dringend auf, an der bisherigen Politik festzuhalten und sich nicht durch Stresemann zu einer gefährlichen Verständigung verlocken zu lassen. Sie warnen die Regierung besonders davor, der Besatzung Glauben zu schenken, daß Deutschland bald in die völlige Anarchie verfallen würde und daß daraus für Frankreich Gefahren entstehen könnten.

Die Organe der Linken werfen Poincaré vor, den guten Willen Stresemanns nicht ausreichend anerkannt zu haben und daß er nichts tue, um eine Verständigung mit Deutschland zu erreichen.

„Le Nouvelliste“ erklärt mit einem Seitenhieb auf die gestrigen Ausführungen des „Temps“, die Stresemannschen Ausführungen hätten nur diejenigen enttäuschen können, deren Politik auf die Berufung Deutschlands gerichtet sei. Der Kanzler habe zum ersten Male wirklich positive Vorschläge gemacht. Was man daran auch im einzelnen auszuwerten haben möge, die Tatsache selbst, daß solche Vorschläge gemacht worden seien, sei ein historisches Ereignis. Die deutsche Regierung habe nunmehr den Beweis erbracht, daß es ihr ernst sei um eine Verständigung und jeder Franzose, der wirklich auf das Interesse Frankreichs im Auge habe, müsse anerkennen, daß die Vorschläge des Kanzlers eine Basis für eine Diskussion böten. Wenn Poincaré auch diesmal wieder durch seinen Starrsinn eine Lösung verhindere, dann würde dies in Frankreich kein vernünftiger Mensch verstehen.

„Deuxième“ stellt an Poincaré die Frage, ob sein Ehrgeiz durch die letzten Erklärungen des Kanzlers noch immer nicht befriedigt sei oder ob die deutsche Regierung in ihren Worten und Gesten noch weiter gehen müsse. Für die demokratischen Kreise Frankreichs handle es sich nicht um eine Frage des Prestiges und der Eigenliebe, sondern darum, was Frankreich nunmehr zu tun habe, um endlich zu Resultaten zu gelangen. Zwei Lösungen ständen einander gegenüber: die von Poincaré in seiner Rede in Damwillers empfohlene, die sich in die Formel zusammenfassen lasse: „Frankreich steht in der Ruhe und wird dort bleiben“ und der von Stresemann vorgeschlagene Austausch des totalen Bandes in der Ruhr gegen reellere Garantien. Die Poincarésche Lösung beruhe auf der Voraussetzung, die Ruhr zum Vorteil Frankreichs auszuheben, was nach wie vor unsicher sei und selbst im besten Falle und nach Poincarés eigenem Eingeständnis nicht ausreichen würde. Frankreich bezog sich zu machen. Deshalb verdiene die von Stresemann angeregte Lösung entschieden den Vorzug. Sie spare zunächst einmal Frankreich 50 Millionen monatliche Ausgaben und sichere ihm eine tägliche Lieferung von 40 000 Tonnen Kohlen und Koks an Stelle der 16 bis 20, die es sich jetzt selbst mit wachsenden Schwierigkeiten zusammensuchen müsse.

Von den englischen Blättern stellt die „Morning Post“ fest, daß Stresemanns Politik wesentliche Fortschritte herbeiführt habe. Die deutsche Regierung sehe jetzt ein, daß eine Sanierung der Finanzen nur möglich sei, wenn der passive Widerstand aufhöre. Der Ruhrkonflikt könne aber nur zu Ende gebracht werden, wenn die deutsche Regierung bereit sei, Frankreich davon zu überzeugen, daß sie achtsam sei, Reparationen zu leisten und entschlossen sei, die leistungsfähigen Industriefirmen und Landwirte zur Zahlung der Steuer heranzuziehen. Trotz des Widerstandes von rechts und links sei Stresemann im Begriff, dieses Programm durchzuführen. Zeige eine deutsche Regierung in dieser Richtung erst Energie, so werde sich bald herausstellen, daß weder die Kombination Helfferich-Ludendorff noch die deutschen Kommunisten Kräfte seien, die etwas gegen eine deutsche Regierung, die von einer breiten, parlamentarischen Basis getragen werde, ausrichten können. Das konservative Blatt, das vielfach Informationen aus Regierungskreisen empfängt und in seiner Stellungnahme gegenüber Deutschland seit dem Kabinettswechsel viel offener geworden ist, betont zum Schluß ausdrücklich, daß man in englischen amtlichen Kreisen mit besonderer Genugtuung von den Vorschlägen des Reichskanzlers mit dem französischen Botschafter und dem belgischen Gesandten in Berlin Kenntnis genommen habe. England sei von dem Inhalt dieser ersten Unterredungen seitens der beteiligten Regierungen orientiert.

Politische Neuigkeiten.

Reich und Länder

Unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers fand in Berlin eine Sitzung des Reichsratsausschusses für innere Verwaltung zur Beratung von Angelegenheiten der inneren Politik statt, zu der die Innenminister der Länder erschienen waren. Der Reichsminister des Innern betonte einleitend, daß es die besondere Aufgabe seines Amtes sei, die Beziehungen des Reichs zu den Ländern zu pflegen. Die Reichsregierung sei seit Entschlossenheit der Aufhängigkeit der Länder zu wahren. Gegenüber den schweren Gefahren an Rhein und Ruhr, wo wertvolle Gebiete des Reiches ernstlich bedroht seien, müsse ein fester einheitlicher nationaler Wille aufgebracht werden. Namens der Reichsregierung bitte er alle Länder, zusammenzutreten und der Reichsregierung zu helfen, diese geschichtliche Aufgabe zu meistern. An der Ausdrucksweise beteiligten sich die Innenminister aller Länder. Es wurden wertvolle Anregungen und Erfahrungen ausgetauscht. In seinem Schlusswort formulierte der Reichsminister die weitestgehende Übereinstimmung der Anwesenenden mit der Reichsregierung feststellen.

Ein Befehl des Reichswehrministers

Reichswehrminister Dr. Gessler erläßt folgenden Befehl: An die Reichswehr. Es ist verständlich, daß in letzter Zeit wilde Gerüchte aller Art die öffentliche Meinung erregen. Diese beschäftigen sich auch mit der Reichswehr als dem letzten Mittel von Reich und Staat zur Aufrechterhaltung der Verfassung, Recht und Ordnung. Häufig behaupten verfassungsfremde Organisationen Verbindung mit der Reichswehr zu haben in der durchsichtigen Absicht, dadurch verfassungstreue Kreise für ihre trüben Zwecke zu gewinnen. Im Interesse des Vaterlandes und der Truppe muß ich diesen Treibereien entgegenzutreten. Von mir sind betrieblige Verbindungen durch klare Befehle längst verboten.

Ich habe dies wiederholt öffentlich insbesondere im Deutschen Reichstag zum Ausdruck gebracht. Wo Verbindungen der erwähnten Art wirklich einmal bestanden haben, sind sie gelöst. Verfehlungen einzelner Persönlichkeiten, die sich gelegentlich da und dort mitbringen ließen und dafür hart bestraft wurden, vermögen daran nichts zu ändern. Wie der Herr Reichspräsident zuletzt am Verfassungstage, so habe ich mich selbst immer und überall für die Ehre und Pflichten der Truppe gegenüber allen Angriffen verbürgt. Ich bin auch überzeugt, daß auch in der kommenden schweren Zeit die Ehre des deutschen Soldaten hant bleibe. In diesem Vertrauen weiß ich mich einig mit dem Herrn Reichspräsidenten, dem Herrn Reichskanzler und der ganzen Reichsregierung. Wir sind deshalb gewiß, daß es gelingen wird, etwaige Versuche, unser Vaterland in neues Unglück zu stürzen — woher sie auch kommen mögen — ins Meer zu erstickeln.

Dem Vorwärts“ zufolge wurde dem Kabinett die Angelegenheit Gessler-Belagerer unterbreitet. Die Reichsregierung wird wahrscheinlich eine Erklärung veröffentlichen, in der sie jede Verbindung der Reichswehr mit illegalen Organisationen auf das strengste untersagt und den Geheimbündlern schärfsten Kampf anjagt.

Verordnungen des Devisenkommissars

Der Kommissar für Devisenerfassung teilt mit, daß entgegen anderslautenden Nachrichten die Frist für die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände nicht verlängert worden ist. Der Rest der Abgabe ist somit am 15. November 1923 zu erledigen. Dagegen ist die Frist zur Abgabe der nach der Verordnung des Reichspräsidenten vorgeschlagenen eidesstattlichen Versicherung bis 30. September verlängert worden.

Nach einer Verordnung des Kommissars für die Devisenerfassung unterliegen der Anmeldepflicht bis auf weiteres nicht Gold und Platin und deren Legierungen, sofern der gesamte Betrag 50 Goldmark nicht übersteigt, Silber und deren Legierungen, sofern der gesamte Betrag 100 Goldmark nicht übersteigt. Ferner Gold- und Silbermünzen, die aus besonderem Anlaß geprägt worden sind (Denkmünzen sowie Kunstgegenstände). Die der Anmeldepflicht unterliegenden Edelmetalle brauchen nicht angemeldet zu werden, sofern sie bis zum 29. September bei den Reichsbankstellen abgeliefert worden sind.

Immoral u. Verschwendung beim Ruhrkampf

Aber die Mißwirtschaft, die auf deutscher Seite mit den Ruhr- und Rheinkrediten getrieben wird, urteilt das „Völkische Tageblatt“ wie folgt: „Wer das große Geld und die riesenhafte Unmoral, die wir im Westen mit der Politik des passiven Widerstandes erkaufen mußten, ständig vor Augen hat, der muß dem Währungsaußschusse des Reichswirtschaftsrats dankbar sein, der die Dinge beim richtigen Namen genannt hat. Voraussetzung für jede Verbesserung ist die Befreiung der Volkswirtschaft der öffentlichen Gewalt. Diese Volkswirtschaft ist im besetzten Gebiet durch staatspolizeiliche Maßnahmen zum System erhoben worden. Und deshalb schließen wir uns den Forderungen des Währungsaußschusses des Reichswirtschaftsrates an. Die Ausgaben für den Ruhrkampf sind sofort auf das unbedingte Maß zu beschränken, die für Ruhrzwecke zur Verfügung stehenden Gelder sind zu kontingentieren und ihre Verteilung ist unter Kontrolle eines kleinen, mit diktatorischen Vollmachten versehenen Ausschusses zu stellen. Bedauern müssen wir es, daß diese Forderungen nicht von den politischen Führern des Rheinlandes ausgegangen sind.“

Essen, 14. Sept. Auf den von den Franzosen besetzten Sechen „Witke“ und „Adern“ bei Raurel ereigneten sich am 11. und 12. September mehrere schwere Unfälle, wodurch bei dem ersten Unfälle acht Arbeiter zu Tode kamen. Am 12. September ereignete sich auf Schacht 3 und 4 der Seche „Witke“ eine Grubenexplosion, bei der 40 Arbeiter tödlich verunglückten, darunter der als Geisel eingefahrene Obersteiger Schulte. Auf der Seche „Witke“ Schacht 1 und 2 riß ein Förderseil, wodurch 4 Arbeiter tödlich verunglückten.

Die Finanznot der Städte

Der Deutsche Städtebund teilt über die Finanznöte der Städte folgendes mit:

Die Kinanzaußschüsse des Deutschen und des Preussischen Städtebundes waren durch die Finanzalamität, die in den letzten Wochen die Städte vor überaus schwierigen Aufgaben gestellt hatte, genötigt, zu einer Sitzung in diesen Tagen zusammenzutreten. Die Grundursache der Not der Städte liegt in der Geknechtung des Reiches, die die Städte durch Entziehung der eigenen Einnahmen zu Kostgängern des Reiches gemacht hat. Unter Hinweis auf die unerschöpflichen Finanzverhältnisse in den Städten fordert der Kinanzaußschuß wiederholt mit größtem Nachdruck, daß die geltende Gesetzgebung über die Verteilung der Steuern auf Reich, Länder und Gemeinden mit größter Beschleunigung einer grundlegenden Revision unterzogen und den Städten wieder eigene Einnahmen zugewiesen werden, mit denen sie wirtschaften und auf die gestützt sie mit Verantwortung auch ihre Ausgabenwirtschaft einrichten können. Die Ausschüttung der den Gemeinden nach den Landessteueranteilen zuzuführenden Anteile an Reichseinkommensteuer und an der Reichsumsatzsteuer vollzieht sich leider vielfach zu langsam, daß die Städte ihre Anteile viel zu spät erhalten, nachdem sie stark entwertet sind. Verbesserung des Geschäftsganges wird vom Kinanzaußschuß für dringend notwendig gehalten. In der Zwischenzeit können die Städte nur durch Hilfskredite aus der Reichskasse liquid gehalten werden. Grundätzlich hat das Reich seine Verpflichtung dazu anerkannt. Der Zahlungsmittelnot in den letzten Wochen waren die vorhandenen Zahlungsmittel bekanntlich nicht gewachsen. Wenn es gelungen ist, den Zahlungsmittelverkehr in der Wirtschaft aufrecht zu erhalten, ist es vor allem dem Eingreifen der Städte zu danken, die der Geldwirtschaft in Zusammenarbeit mit der Reichsbank zur Hilfe kamen. Wie bei Reich und Staat geht der große Geldbedarf der Städte vor allem auf die notwendigen Verwaltungs- und Lohnzahlungen zurück. Der Kinanzaußschuß tritt deshalb dem Standpunkt des Reichsfinanzministers bei, daß unter den gegenwärtigen Umständen auch die Beamtengehälter nicht mehr auf drei Monate im voraus ausgegahlt werden können, sondern daß die Verhältnisse dazu zwingen, auch bei den Beamten auf die monatliche Zahlung überzugehen.

Sieg der Militärpartei in Spanien

Nach den aus Spanien vorliegenden Meldungen hat der König das von der Militärpartei vorgeschlagene Direktorium angenommen. Präsident wurde der Kommandant von Katalonien, Generalkapitän Primo de Rivera, König Alfonso hat ferner den Vorschlag des Generalkapitäns, den Belagerungsstand über ganz Spanien auszuheben, angenommen. Das Kabinett Alcalaes hat seine Demission erst gegeben, nachdem der König Bedenken geäußert hat, die Generale, die an der Spitze des Aufstandes stehen, abzusetzen.

Die öffentliche Ordnung in Spanien ist nirgends erheblich gestört worden und die Erklärungen der Aufständigen lassen keinen Zweifel, daß weder der Thron noch die Person des Königs gefährdet sind. Die Bewegung soll mehr in der Unsicherheit über die wenig glückliche Führung der Marokko-Politik als in innerpolitischen Motiven ihren Ursprung haben. Das Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei und die Leitung der Gewerkschaften haben an die Arbeiterklasse einen Aufruf erlassen, sich jeder Beteiligung und Unterstützung der revolutionären Bewegung zu enthalten und die Entwicklung der Ruhe abzuwarten.

Eine sehr interessante Äußerung zur spanischen Krise bringt ein französisches Blatt. Der „L'indépendant“ führt nämlich u. a. aus, das Pronunciamento der spanischen Generale sei nur eine neue Krönung der Entfaltung des militaristischen Geistes in der Welt, und Frankreich, das sein marokkanisches Unternehmen in so grausamer Weise ausgedehnt hat, könne nicht behaupten, daß es von jeder Verantwortung frei sei. In letzter Linie ist es die Verantwortlichkeit der demokratischen Mächte selbst in den Ländern, wo sie die Herrschaft haben, ihre Passivität, die überall die Brandstifter ermutigt. Werden sie erwachen, bevor die Flammen offen ausgebrochen sind? — Der „Reit Parisien“ fragt sich, ob Spanien jetzt auch bereit sei, wie zuerst Griechenland und Italien, zu einer Ausnahme-Regierung seine Zuflucht zu nehmen.

Die Adriakrisen

Es wird jetzt bekannt, daß die Vorkonferenz beschlossen hat, von der italienischen Regierung die Räumung Korfu bis spätestens 27. September zu verlangen. Dagegen ist bestimmt worden, daß, wenn die interalliierte Kontrollkommission zu der Überzeugung kommen sollte, daß die griechische Regierung den ihr auferlegten Verpflichtungen zur Ermittlung der Attentäter von Janina nicht loyal nachkommen sollte, die alliierte Regierung sich verpflichten, den von der griechischen Regierung hinterlegten Betrag von 50 Millionen Lire zugunsten Italiens als Sanktionsmaßnahme zu beschlagnahmen.

Mussolini hat der Vorkonferenz geantwortet, daß die italienische Regierung „von aufrichtigem Friedenswillen befeuert“ beschlossen habe, mit der Räumung Korfu am 27. September, dem von der Vorkonferenz als letzten Termin zum Abschluß der griechischen Untersuchung festgesetzten Datum zu beginnen. Sollten am 27. September die Schuldigen an Attentat gegen die italienische Mission nicht ermittelt sein oder sollte an diesem Zeitpunkt noch nicht festgestellt sein, daß die griechische Regierung bei der Verfolgung der Mörder sich keinerlei Nachlässigkeit hat zuschreiben lassen, so ist die italienische Regierung der Ansicht, daß es mit der Moral, der Gerechtigkeit und selbst der Würde Italiens nicht vereinbar wäre, wenn Italien auf das Band verzichtet würde, das es sich genommen hat, um sich Genugtuung zu verschaffen. Die italienische Regierung ersucht die Vorkonferenz, schon jetzt zu beschließen, im Falle der oben erwähnten Eventualitäten Griechenland als Strafe die Zahlung einer Summe von fünfzig Millionen Lire an Italien aufzuerlegen. Italien wird dagegen darauf verzichten, den vorgesehenen Schritt beim Internationalen Gerichtshof im Haag zu unternehmen, was jedoch nicht verhindern wird, daß die italienische Regierung beim Internationalen Gerichtshof im Haag das Begehren um Aufhebung der Kosten für die militärische Besetzung von Korfu und der benachbarten Inseln stellen wird.“

Aber diesen Verlauf der Dinge sind die italienischen Faschistenblätter sehr unzufrieden. Der „Nuovo Paese“ drückt die weitverbreitete Enttäuschung aus und beklagt, daß Italien keinen einzigen Freund, sondern alle großen und kleinen Mächte gegen sich habe. Neben England als Hauptstörer dieser unbefriedigenden Lösung wird insbesondere Frankreich angegriffen, weil es in der Vorkonferenz ungenügend um England für seine Ruhrpolitik zu gewinnen.

Kurze Nachrichten

v. Malhan Vertreter des Reichsaußenministers. Nach der Berliner „Zeit“ ist dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Malhan für die Zeit der Führung der Geschäfte des Außenministeriums durch den Reichskanzler die ständige Vertretung des Außenministers übertragen worden.

Verdoppelte Erhöhung der Postgebühren. Aus dem Reichspostministerium wird mitgeteilt, daß die kürzlich bekannt gegebenen neuen Gebührensätze im Telegraphen- u. Fernsprechtarife, die am 1. September in Kraft treten sollen, wegen der inzwischen weiter fortgeschrittenen Entwertung der deutschen Mark mit Wirkung vom gleichen Tage verdoppelt werden müssen.

Verdreifachung des Brotpreises. Mit Wirkung vom 17. September wurde der Abgabepreis der Reichsbrotbäckerei für das von ihr den Kommunalverbänden zur Marktnotversorgung gelieferte Getreide auf einen Durchschnitt von 700 Millionen für die Tonne festgesetzt. Auch die Reichsbrotbäckereiverwaltung muß sich der rapiden Marktenwertung ebenso wie die übrigen Reichsbrotbäckereien (Post, Eisenbahn usw.) jetzt in kurzen Abständen ihre Abgabepreise den veränderten Geldverhältnissen anpassen. Infolge des letzten Marktkurses betrug der Abgabepreis wenig mehr als den 40. Teil des am 7. September notierten Preises für Roggen an der Berliner Börse. Die Marktenwertpreise werden etwa um das dreifache des bisherigen Preises steigen.

Einführung der Wahlpflicht in Preußen. Bei der Beratung des Landtagswahlgesetzes im Verfassungsausschuß des preussischen Landtags wurde mit großer Mehrheit in vorläufiger Abstimmung die Einführung der Wahlpflicht beschlossen.

Steigende Arbeitslosigkeit. Aus den Ausschüßberatungen des Reichstages über die Frage der Erwerbslosenfürsorge geht hervor, daß die Zahl der Erwerbslosen von 185 000 am 1. Juli 1923 auf 300 000 am 1. September gestiegen ist und daß eine gewaltige weitere Steigerung in Aussicht steht. In Sachen soll stellenweise die Hälfte aller Betriebe stillgelegt werden. Die Gesamtausgaben des Reiches für die Erwerbslosenfürsorge sind in dieser Woche bereits auf sechs Millionen täglich gestiegen. Nach längerer Beratung des Ausschusses würden mehrere Entschlüsse angenommen, in denen die Regierung ersucht wird, eine produktive Arbeitslosenfürsorge schnell und nachdrücklich zu fördern, und der Stilllegung von Betrieben entgegenzuwirken.

Eintreibung der Kraftwagensteuer. Da in Hamburg ein großer Teil von Kraftwagen die Rhein- und Ruhrabgabe an die Reichsregierung entrichtet hatte, wurden an verschiedenen Verkehrsstellen der Stadt die Kraftwagen von einem großen Polizeiaufgebot festgehalten. In 89 Fällen wurde festgestellt, daß die Inhaber ihrer Abgabepflicht nicht nachgekommen waren.

Wilhelm Franke 7. Der langjährige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Berlin, Stadtverordneter sowie jetziger Sekretär des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Wilhelm Franke, der Mentor der sozialdemokratischen Partei, ist in Berlin im Alter von 82 Jahren gestorben. Franke stammt aus Kassel und war ursprünglich Tischler. Frühzeitig gehörte er bereits dem Reichstag an.

Oberberghauptmann von Bessen 7. Im Alter von 75 Jahren starb in Berlin der frühere Oberberghauptmann und Ministerialdirektor im preussischen Handelsministerium, Wilhelm Geheimrat Gustav von Bessen. Er hat fast zwei Jahrzehnte an der Spitze des preussischen Bergbauwesens gestanden und während dieser Zeit der Einfluss des Staates auf den Bergbau durch technische, wirtschaftliche und gesetzgeberische Maßnahmen sehr erweitert. 1917 trat er nach 50jähriger Dienstzeit in den Ruhestand.

Gertrud Bäumer, die an diesem Mittwoch ihren 50. Geburtstag feierte, hat aus diesem Anlaß von dem Reichspräsidenten Ebert ein herzliches Glückwunschschreiben erhalten, in dem es heißt: „Dankbar gedenke ich hierbei der unermüdlichen Arbeit, die Sie auf sozialpolitischem Gebiete entfaltet haben, und der großen Verdienste, die Sie sich um die Weiterentwicklung der deutschen Frauenbewegung und die Förderung der Frauenbildung erworben.“

Die Schlüsselzahl für den Anzeigenpreis in den deutschen Tageszeitungen wurde vom Verein Deutscher Zeitungverleger für die Zeit vom 15. September bis 21. September auf 12 000 festgesetzt.

Die Schlüsselzahl im Buchhandel beträgt vom 15. September ab 14 Millionen.

Die endgültige Lohnneuzählung für die Reichsarbeiter wurde auf Grund der heute abgeschlossenen Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen auf 8225 festgesetzt.

Die Vergarbeitslöhne. Die Durchschnittslöhne in den Kohlenbergbaubezirken für die Lohnwoche vom 10. bis 17. September wurden durch Schiedspruch eines vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schiedsgerichtes einschließlich des Hausstands- u. Kindergeldes im Ruhrbezirk auf 56 Millionen, im oberdeutschen Steinkohlenbezirk auf 44 913 815 Mark, im sächsischen Steinkohlenbezirk auf 45 109 708 Mark und in den Kernrevieren der mitteldeutschen Braunkohlenbezirks auf 40 683 706 Mark je Schicht festgesetzt.

Badische Uebersicht

Die neuen Steueretze

Es sind in den letzten Tagen von Berufsverbänden und aus Berufskreisen aller Art zahlreiche Eingaben und Proteste gegen die Durchführung der neuen Steueretze beim Reichsfinanzministerium eingegangen. Zum großen Teil wird darin Abänderung der einzelnen Gesetze oder wenigstens Einausschiebung der Zahlungsfristen vor der Durchführung der Steuer verlangt. Das Reichsfinanzministerium ist nicht in der Lage, diese Gesuche im einzelnen zu beantworten. Stattgeben könnte es überdies den Wünschen doch nicht, da es als Verwaltungsbehörde lediglich die Aufgabe hat, die von dem Reichstag übrigens einstimmig angenommenen Gesetze beschleunigt zur Durchführung zu bringen. Außerordentlichen Härten im Einzelfall wird im Rahmen der bestehenden Gesetze Rechnung getragen werden.

Eine große Reihe Steuerpflichtiger hat ferner unmittelbar beim Reichsfinanzministerium um Stundung oder Erlass nachgesucht. Diese Gesuche sind den Landesfinanzämtern zur zuständigen Entscheidung überföhrt worden. Es wird aber darauf hingewiesen, daß durch die Einreichung solcher Gesuche die Verpflichtung zur Zahlung nicht aufgeschoben wird, und daß im Falle der Ablehnung der Gesuche die Folgen der verspäteten Zahlung (Zuschläge usw.) nicht vermieden werden. In diesem Sinne sind auch die Gesuchsteller vom Reichsfinanzministerium verbrieflichen worden.

Gebäudeversicherung

P.A. Unter der Auswirkung der ungeheuren Geldentwertung der letzten Wochen wurde die Brandentföhdigung der Gebäudeversicherung für die erste Augusthälfte auf das 200 000fache, für die zweite auf das 900 000fache der Friedensversicherungssumme festgesetzt. Zur Anfang September wird, den inzwischen eingetretenen weiteren Preissteigerungen folgend, der Zuschlag erheblich höher kommen. Bei parlamentarischer, fröngemäßer und vernünftiger Bauweise reichen nach den Erfahrungen der Gebäudeversicherungsanstalt die Zuschläge in der Regel aus, die Wiederherstellungskosten zu bestreiten. Notwendige Voraussetzungen dabei ist, daß sich der Brandentföhdigte mit den von der Anstalt dazu gewählten Vorkäufen sofort nach dem Brande weitausmöglichst mit den erforderlichen Kautionsen eindeckt.

Mit der Versicherungssumme müßte natürlich die Umlage gleichen Schritt halten. Bei einer Friedensumlage von 15 Pf. auf 100 M. Versicherungssumme würde die jetzt erforderliche Umlage 15 x 900 000 = 135 000 M. auf 100 M. Friedensversicherungssumme betragen müssen. Der Gesamtbetrag aller im Jahre 1923 vorläufig erhobener und beschlossener Umlagen beläuft sich jetzt auf nur 41 200 M. Das entspricht einer Friedensumlage von 4,5 Pf. auf 100 M. Friedensversicherungssumme. Der Umlagebedarf der Anstalt läßt sich heute nicht mehr, wie früher, zu Beginn des Jahres voraussagen, weil er von der Entwicklung der Preissteigerung und der Zuschläge abhängt. Im Gegensatz zu den sprunghaftem Steigerungen der Baupreise geben die Umlageerhöhungen mit mehrwöchiger Verspätung und gegenüber den ausbezahlten Entschädigungen stark entwertet ein. Die Anstalt ist darauf bedacht, Mittel und Wege zu finden, wie man die Umlagen auch im Interesse der Hausbesitzer und Mieter möglichst gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilen kann und eine unermüßliche Anschwellung gegen Jahresende vermeidet. Das kann vielleicht geschehen unter Zugrundelegung der Friedensumlage als Grundzahl und einer Schlüsselzahl, die etwa dem Landesindex oder dem Eisenbahnindex usw. entspricht.

Von den 41 200 M. auf 100 M. Friedensversicherungssumme vorerst beschlossener Umlagen sind bis jetzt erst etwa 100 M. eingegangen. Auf einen weiteren namhaften Umlageeinzug ist erst wieder im Oktober zu rechnen. Die Gebäudeversicherungsanstalt wäre demnach außer Stande gewesen, aus den Umlagen ihre Entschädigungen zu bezahlen. Um die Brandentföhdigten vor Verzögerungen im Wiederherbau zu bewahren, sah sich die Gebäudeversicherungsanstalt in den letzten

Wochen genötigt, Anleihen aufzunehmen, die heute schon einen außerordentlich hohen Betrag erreicht haben und die noch weiter anzuwachsen werden, bis der Umlageeinzug wiederum eine Deckungsmöglichkeit verschafft.

Arbeitgeberabgabe

In einem Teil der Presse sind Mitteilungen über die nach dem Gesetz über die Besteuerung der Betriebe in Höhe der doppelten Lohnsteuer zu entrichtende Arbeitgeberabgabe verbreitet worden, die der Rechtslage nicht entsprechen und deshalb geeignet sind, den Abgabepflichtigen erhebliche Nachteile zuzufügen. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeberabgabe am 5., 15. und 25. eines jeden Monats, also gleichzeitig mit der Lohnsteuer an das Reich abzuführen ist und zwar in bar oder durch Überweisung aus dem demjenigen Abgabepflichtigen, die die Lohnsteuer durch Verwendung von Steuermarken abführen. Die Abführung hat jeweils für die dem Fälligkeitstag vorausgegangene Monatsbelate zu erfolgen. Ebstmaltig am 15. September ist also das Doppelte der in der Zeit vom 1. bis 10. September einbehaltenen Lohnsteuer neben dieser zu entrichten. Sind Lohnsteuerbeträge in der Zeit vor dem 1. September einbehalten und nicht spätestens am 31. August im Überweisungsverfahren oder durch Verwendung von Steuermarken an das Reich abgeführt worden, so ist auch von diesen Beträgen die Arbeitgeberabgabe zu entrichten. Fälligkeitstermin für diesen Abgabebetrag war der 10. September.

Die Elektrizitätsindustrie in Baden

Wie wir einer Mitteilung des Statistischen Landesamts in den „Statistischen Mitteilungen über das Land Baden“ (vgl. Nr. 8) entnehmen, entfielen auf denjenigen Teil der elektrischen Industrie des Landes, der sich mit dem Bau von Maschinen und Apparaten, der Herstellung von elektrischen Bedarfsartikeln und Hilfsgegenständen, dem Leitungsbau und der Elektroinstallation abgibt, im Sommer 1922 etwas über 100 Betriebe mit je 10 und mehr und zusammen 8650 Arbeitern; außerdem waren in diesen Betrieben noch 4450 Angestellte beschäftigt. Das Personal der Hilfsindustrien ist dabei nicht mit eingerechnet. Über zwei Drittel der Betriebe beschäftigte ohne Angestellte nur bis zu 50 Arbeiter. Die Zahl der Großbetriebe mit über 100 Arbeitern betrug über ein Duzend (13). Der Hauptteil, u. zwar über die Hälfte aller Betriebe (57) dieser überwiegend städtischen Industrie mit 7300 Arbeitern und 4100 Angestellten ist in den Städten Mannheim (20 Betriebe 9300 Arbeiter und Angestellte), Karlsruhe (17 mit 1250), Freiburg (11 mit 650) und Hofheim (9 mit 200) ansässig. Von den Großbetrieben haben 8 mit 5500 Arbeitern und 3200 Angestellten ihren Sitz in Mannheim, je 2 in Karlsruhe und Furtwangen und 1 in Freiburg.

Mit der Herstellung elektrischer Maschinen befaßt sich nur wenige einheimische Elektrizitätsfirmen; im ganzen umfaßt die Gruppe nur 7 Betriebe mit 3300 Arbeitern und 2000 Angestellten. Das größte Unternehmen dieser Art im Lande ist eine führende Mannheimer Großkonzernfirma, die für den Bau von Großmaschinen höchster Ausmaße eingerichtet ist. Ferner gehören der Gruppe außer 2 namhafteren Werken für den Bau von Elektromotoren noch verschiedene kleinere Elektromotorenwerke an, die zum Teil mehr den Charakter von Reparaturwerken für elektrische Maschinen und Apparate tragen.

Eine weitere zahlreiche und vielseitige Gruppe von Betrieben stellt elektrische Apparate, Installationsmaterialien und sonstige elektrotechnische Bedarfsartikel her. Dieselbe besteht aus etwa 2 Duzend Betrieben mit 1900 Arbeitern und Angestellten, darunter 4 Großbetriebe mit zusammen mehr als 1000 Arbeitern und gegen 200 Angestellten.

Am zahlreichsten in der elektrischen Industrie des Landes sind die Bau- und Elektroinstallationsfirmen. Die ganze Gruppe umfaßt gegen 70 Betriebe, darunter 4 mit je mehr als 100 Arbeitern ohne Angestellte. Im ganzen waren in diesen Betrieben um die Erhebungszeit über 4000 Personen — 2350 Arbeiter und 1800 Angestellte — beschäftigt. Hervorragende Verdienste um die Entwicklung und den Ausbau der Elektrizitätsversorgung vor allem in Süddeutschland hat sich u. a. von den in Baden heimischen Elektrizitätsfirmen eine bekannte Mannheimer Konzernfirma erworben. Bei der Zentrale des Werkes in Mannheim und der von ihr betriebenen Reparaturwerkstätte waren Mitte 1922 an 700 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Wenn von der Gesamtzahl der Betriebe in der Gruppe der Bau- und Elektroinstallationsfirmen vier Fünftel (55) ohne die Angestellten nur zwischen 10 bis 50 Arbeiter beschäftigte, so steht der geringe Umfang vieler dieser Betriebe damit im Zusammenhang, daß es sich dabei um sog. Technische, Bau- und Installationsbüros nebst zugehörigen Unterbüros handelt, wie sie allerorts von den in Betracht kommenden Großfirmen an den wichtigsten Plätzen eingerichtet worden sind. So bestehen im Lande etwa 2 Duzend solcher Büros von einheimischen Firmen, wovon etwa die Hälfte 10 und mehr und insgesamt 450 Arbeiter und 140 Angestellte beschäftigte. Von bedeutenden außerbadischen Großfirmen sind gegen 10 durch zahlreiche weitere derartige Büros vertreten, von denen etwa 20, darunter 14 größere mit zusammen rund 1100 Arbeitern und Angestellten, zur Ermittlung gekommen sind.

Insbondere mit dem Bau von elektrischen Telegraphen- und Fernsprechanlagen befaßt sich ein älteres Schwarzwalder Telephon- und Telegraphenwerk mit über 100 Arbeitern in Furtwangen und eine neuere Konzernfabrik in Mannheim. Die badischen Telephongesellschaften — 4 Schwefelergesellschaften gehören dem sog. „Reitgen-Konzern“ an.

Auf die Fabrikation von sonstigen Hilfsgegenständen wie Kabel-Leitungsdrähte und Isoliermaterial für die elektrische Industrie hat sich eine kleine aber wichtige Industriezweig von 5 Werken mit zusammen 1500 Arbeitern und 350 Angestellten verlegt. Die Werke haben ihren Sitz in Mannheim und Freiburg.

Als Hilfsindustrie der elektrischen Industrie kommen vor allem zahlreiche Apparatebauanstalten, Metallwarenfabriken, Metallschleifereien, Schraubensabriken, Uhren- und Werkzeugfabriken sowie Fabriken für Fein- und Präzisionsmechanik in Betracht. Kennzeichnend hat der Aufschwung der elektrotechnischen Industrie diesen Teil der Schwarzwaldbindustrie zu hoher Blüte gebracht. Auch verschiedene Metallwarenfabriken, die dem bekannten Schiele-Werke-Konzern angehören, arbeiten in großem Umfange für die elektrische Industrie.

Zur Notlage der privaten gemeinnützigen Anstalten

P.A. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage der privaten gemeinnützigen Wohlfahrtsanstalten dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, daß sich in Berlin eine Vereinigung der privaten Wohlfahrtsanstalten gebildet hat, die sich um die Linderung der wirtschaftlichen Not bemüht. Für diejenigen Anstalten, die weder einer Gemeinde, noch einer Konfessionellen Körperschaft noch dem badischen Frauenverein angehören (z. B. Kranken-, Pflege-, Erziehungs-, Kindererziehungsanstalten u. dgl.), empfiehlt es sich daher, nähere Auskunft beim badischen Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Karlsruhe (Karl-Wilhelmstr. 1) unter Einfindung genügenden Rückports zu erbitten.

Eine ernste Mahnung

Bei amtlicher Seite werden wir um Aufnahme folgender Ausführungen ersucht:

In den letzten Tagen wurde an verschiedenen Orten des Landes der Versuch gemacht, die Arbeitlosen zu Demonstrationen und Gewaltandrohungen zu veranlassen. Den Reden gewisser Agitatoren gegenüber sei folgendes festgestellt: Die badische Regierung ist bei der Reichsregierung stets für eine dem gesunkenen Geldwert entsprechende Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung eingetreten und wird das immer tun. Die badische Regierung und die Gemeinden finanzieren, soweit es in ihrer finanziellen Kraft liegt, Notstandsarbeiten. Die Demobilisierungskommissionen sind angewiesen, Betriebsstilllegungen nur in ganz besonderen Fällen zu genehmigen. Finanzministerium und Arbeitsministerium sehen ihre ganze Kraft dafür ein, um die für soziale Zwecke täglich notwendigen Milliarden, stets rechtzeitig flüssig zu machen. Trotzdem kann es vorkommen, daß da und dort das Geld einmal zu spät eintrifft. Land und Gemeinden sind in der Geldbeschaffung ganz vom Reich abhängig und das Reich befindet sich selbst in großer Finanznot. Es ist deshalb sinnlos und ungerecht, bei Geldschwierigkeiten oder wegen der Höhe der Unterstützungsätze die Beamten und Vertreter des Landes oder der Gemeinden zu bekrännen, weil diese ohnehin das Menschennögliche tun, um die Not zu lindern. Wenn durch Unruhen der geordnete Gang der Staats- und Gemeindeverwaltung unterbunden wird, so wird damit auch jede Möglichkeit der Unterstützung genommen, weil dadurch nicht nur die Geldbeschaffung unmöglich gemacht, sondern dem Geld auch jede Kaufkraft genommen wird. Wir richten deshalb an alle Arbeiter und besonders an die Arbeitlosen, die dringende Mahnung, sich nicht nur von allen Demonstrationen und Gewalttaten fernzuhalten, sondern solchen Aktionen in ihrem eigenen Interesse entgegenzuwirken.

Arbeiter, vertraut Eueren gewerkschaftlichen Organisationen und folgt keinen Aufrufen von unerantwortlichen Personen und Ausschüssen. Unterstützt die Organe der Staats- und Gemeindeverwaltungen in der Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Arbeiter dürfen auch überzeugt sein, daß von Seiten der Reichsregierung alles geschieht, um den Hungerkampf möglichst bald, so zu beenden, daß wieder Hunderttausende Erwerbsmöglichkeit finden und durch eine weitgehend finanzielle Entlastung die Möglichkeit geschaffen wird, der sozialen Not wirksam entgegenzutreten. Die Reichsregierung kann dieses Ziel aber nur erreichen, wenn nichts geschieht, was den Bestand des Reiches noch mehr in Gefahr bringt.

An alle Arbeitgeber richten wir die dringende Mahnung, Stilllegung von Betrieben, Arbeiterentlassungen oder Arbeitszeitverkürzungen nur unter dem Druck äußerster Not vorzunehmen. Unverantwortlich wäre es, wenn solche Maßnahmen wegen der gesonderten Steuern vorgenommen würden. Millionen unserer Volksgenossen haben durch die Geldentwertung ihre Ersparnisse, ja sogar ihr Vermögen verloren. Viele Millionen arbeiten seit dem Krieg gegen ein geringeres Einkommen als sie früher hatten. Es darf deshalb erwartet werden, daß in einem Zeitpunkt, wo es um den Bestand des Deutschen Reiches und damit auch um die zukünftige wirtschaftliche Existenz des Volkes geht, die Arbeitgeber aller Berufsgruppen bereit sind, auch von ihrem Vermögen etwas zu opfern.

Nur wenn wir alle Kräfte in den Dienst des Volkes stellen, werden wir die Schwierigkeiten der kommenden Wochen überwinden.

Die Interessen des Einzelnen müssen zurücktreten hinter das Gesamtinteresse, weil auch der Einzelne nur bestehen kann, wenn das Ganze besteht!

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 37 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachung: des Staatsministeriums: den Vollzug des Gesetzes gegen die Kapitalflucht; die Führung akademischer Würden; Erhöhung des Feuerzugszuschlags vom 1. und 17. August 1923 an; des Finanzministers: Dienstfreistellungen; des Ministers des Innern: die Arzneitage; staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen.

Die Schlüsselzahl des badischen Einzelhandels vom 15. September beträgt 2 700 000.

Mannheim, 13. Sept. In der gestrigen Bürgerausschussitzung wurde die katastrophale Finanzlage der Stadt besprochen. Oberbürgermeister Dr. Kuter wies darauf hin, daß die Einnahmen und Ausgaben der Stadt Mannheim in völlige Unordnung geraten sind. Trotz aller Sparmaßnahmen ist die Finanznot ungeheuer. Die Dächer von Schulhausbauten werden schon seit einiger Zeit nicht mehr repariert, um Einsparungen zu machen. Ein vom Reich genehmigtes verzinsliches Darlehen von 500 Millionen ist erschöpft. Deshalb soll versucht werden, durch die Aufnahme einer werbefähigen Anleihe einen Betriebsfonds zu schaffen. Die Anleihe wurde, wie schon gemeldet, angenommen. Der Stadtrat hat beim zuständigen Ministerium um die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe im Werte von 50 000 Tonnen Kohlen nachgesucht.

DZ. Heidelberg, 14. Sept. Albrecht Koffel, der Direktor des physiologischen Instituts bezieht am Sonntag seinen 70. Geburtstag.

Heidelberg, 13. Sept. Der Stadtrat und der Kreisaußschuß haben in Anwendung der Bestimmungen des badischen Notgesetzes vom 21. August d. J. einen weiteren (dritten) Zuschlag zur vorläufigen Umlage für das Rechnungsjahr 1923/24 beschlossen, der für die Monate September bis einschließlich Dezember 1923 Geltung hat. Der Zuschlag beträgt von je 100 M. Steuerwert: 1. des Gebäudevermögens für die Gemeinde 100 000 M., für den Kreis 10 000, auf 110 000 M.; 2. der einzelnen geschätzten Grundstücke für die Gemeinde 400 000 M., für den Kreis 40 000 M., auf 440 000 M.; 3. der klassifizierten Grundstücke und Waldungen für die Gemeinde 800 000 M., für den Kreis 80 000 M., auf 880 000 M.; 4. des gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebsvermögens für die Gemeinde 50 000 M., für den Kreis 5 000 M., auf 55 000 M. Den Steuerpflichtigen werden in den nächsten Tagen besondere Zahlungsaufforderungen zugehen. Je ein Viertel des Zuschlags ist auf 1. Oktober, 1. November, 1. Dezember 1923 und 1. Januar 1924 zu entrichten. Ferner hat der Stadtrat beschlossen, von Gewerbebetrieben, die in der Regel Angestellte und Arbeiter beschäftigen, eine Abgabe von 1,5 v. H. der Gehalts- oder Lohnsumme zu erheben, die von ihrem im Stadtbezirk Heidelberg beschäftigten Angestellten und Arbeitern im vorhergegangenen Monat verdient worden ist. Diese Lohnsummenabgabe wird nur zugunsten der Gemeinde erhoben, und zwar erstmals für den Monat September. Die Abgabe ist jeweils innerhalb einer Woche nach Ablauf des Monats zu bezahlen.

Heidelberg, 13. Sept. Die Badische Film-L.G. Heidelberg (Vase) hatte vor einigen Tagen eine Generalversammlung abgehalten, die aber im letzten Augenblick abgefaßt wurde. Statt dessen wurde eine Aufsichtsratswahl abgehalten, in deren Verlauf der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrats, Privatbankier Furmann, sein Amt niederlegte. Wie wir erfahren, ist Furmann nach der Sitzung verheiratet worden und befindet sich zurzeit in Unterjagdhaft. Furmann soll Aktien kop-

best nummeriert und ferner Aktien der Dofag ausgegeben haben, die noch nicht genehmigt worden sind. Seine Verhaftung ist wegen Fluchtverdachts und Verdunkelungsgefahr erfolgt.

Staufen, 14. Sept. Die waldbreichen Gemeinden des Bezirks Staufen planen seit einiger Zeit den Ausbau einer Wasserkraft, um sich in erster Linie billigere Kraft und größere Sicherheit im Strombezug zu schaffen. Die Verfolgung dieses Gebietes geschieht zurzeit noch über Mühlhausen im Elsaß. Unter verschiedenen Projekten, die vom Ingenieurbüro Lubin in Karlsruhe ausgearbeitet wurden, ergab sich als das in jeder Beziehung günstigste das Langenbadwerk, für das auch die grundsätzliche Zustimmung des Ministeriums demnächst erteilt wird. Die gesamte Stromabnahme wird durch langjährige Verträge gesichert werden, so daß auch die finanzielle und wirtschaftliche Grundlage des Werkes vollausgesichert ist. Es handelt sich hier um ein Werk einer Maschinenleistung von 2200 Pferdestärken und einer Jahreserzeugung von über drei Millionen Kilowattstunden. Ein Jahresausgleich wird dadurch geschaffen, daß eine große Kaskade bei Münsterhalden errichtet wird. Das ganze Werk erfordert heute den Erdbau von 20-25 000 Kubikmeter Holz. Die Gesellschaftsform des Werkes soll die eines Zweckverbandes sein. Bei diesem Werk wird die z. B. auch beim Kurzwerk vorgesehene Pumpenspeicherung von Überschusskraft angegliedert werden, die damit die Bedeutung des Werkes über den Rahmen eines Bezirkswerkes hinaus erhöht. Die endgültige Gründung des Zweckverbandes, sowie der Baubeginn steht unmittelbar bevor.

DZ. Billingen, 14. Sept. In der letzten Bürgerauskunft kam die Frage der Anstellung einer Hilfskraft für den Bürgermeister als 2. Bürgermeister zur Sprache, da der Bürgermeister mit Arbeiten überaus stark belastet ist. Seine im Amtinteresse notwendigen Reisen bringen es mit sich, daß während dieser Zeit die Amtsgeschäfte nicht in der erforderlichen Weise und Schnelligkeit durchgeführt werden können. Während die Sozialdemokraten und die Demokraten der Frage grundsätzlich sympathisch gegenüberstehen, lehnte die Zentrumsfraktion die Angelegenheit ab, die namentlich einer Kommission zur Weiterbearbeitung unterbreitet werden soll.

DZ. Singen a. N., 14. Sept. Anstelle des verstorbenen Georg Strobel ist der Schriftleiter des Volkswillen in Singen, Georg Reinhold einflussreich zum sozialdemokratischen Landespartei-Sekretär gewählt worden.

DZ. Schluchsee, 13. Sept. In der hiesigen Gegend wird jetzt die Preissteigerung gemindert. Wenn der Ertrag auch besser ausfällt als bei der Heibelbeerernte, so steht er doch gegen den anderen Jahre bedeutend zurück.

DZ. Lindau, 13. Sept. Wie der „Seeboote“ meldet, kamen dieser Tage mit dem Rindner Nachschiff zum Kriminalbeamten hier an, die sämtliche großen Hotels in Lindau sowie in Bad Schachen besetzten und nach Desinen untersuchten.

Aus der Landeshauptstadt

Nur noch Millionen mit Buchstaben. Die Postverwaltung hat angeordnet, daß in den Vordrucken für Einzahlungen nur noch die Millionen in Buchstaben wiederholt werden. Die Hunderttausender, Zehn- und Eintausender usw. sollen in Ziffern geschrieben werden. Das gilt für Postanweisungen, Zahlkarten, Überweisungen, Rechnungen und sonstige Vordrucke, auf denen eine Wiederholung in Buchstaben verlangt wird. Da die Million längst weniger als eine Mark bedeutet, so ist diese Anordnung gerechtfertigt.

DZ. Gerechte Straße. Die kürzlich in Freiburg i. B. verhafteten beiden berufsmäßigen Kirchenräuber, die Brüder Erich und Emil Wank aus Essen, die hauptsächlich die Kirchen in verschiedenen Teilen des badischen Landes heimlichst, wurden jetzt von der Strafkammer in Karlsruhe zu 15 bzw. 8 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Landestheater. Am Sonntag den 16. d. findet eine Wiederholung der am Schluß der vorigen Spielzeit neuinszenierten „Reisender von Nürnberg“ statt, in der Kammerfänger Max Rüttner die Partie des Hans Sachs zum 100. Male singen wird.

Karlsruher Herbstwoche

21. September bis 15. Oktober 1923

Aufführungen im Bad. Landestheater / Oper (deutsche Romantik), Schauspiel, Ur- und Erstaufführungen / Drei große Konzerte (Bach, Händel, Mozart, Mendelssohn, Reger, Pfitzner, Philipp, Grabner) / Kammermusikabende / Kunst-Industrie- u. gewerbliche Ausstellungen / Techn. Woche mit wissenschaftlichen Vorträgen und Exkursionen / Schaufensterschmückung / Sport, Spiel, Turnen / Kongresse

Auskunft und Programm: Geschäftsstelle Rathaus, Karlsruhe

LANDESHAUPTSTADT KARLSRUHE

Zur Eröffnung der Karlsruher Herbstwoche

Freitag, 21. September, abends 7 1/2 Uhr in der Festhalle

Orgel-Konzert von Franz Philipp

Mitwirkende: Kammerfängerin Hedi Iracema-Brügelmann und der Kirchenchor von St. Bonifazius (Chorleiter: Gustav Schneider).

Präludium und Fuge in H-moll (Bach), Arie aus Messias: Ich weiß, daß mein Erlöser lobet (Händel), Chorvorspiele für Orgel von F. Philipp: Ich sehe dich o Jesus schweigen, Jesu, zu dir rufen wir (Uraufführung), Seelenbräutigam (Reger), Wenn wir in höchsten Nöten sein (Bach), Agnus Dei aus der Krönungsmesse (Mozart), A-Capella-Chöre „Unserer lieben Frau“ (Philipp), Frei Improvisation (Philipp).

Eintritt: M. 3.—, 2.—, 1.50, 1.—, 0.50; Multiplikator: Schlüsselzahl des Landestheaters. / Kartenverkauf ab 17. Sept. Musikalienhandlung Neufeldt, Waldstr. 39, Fernruf 2577. / Abendkassen: Kleiderablagen Ostl. u. westl. der Festhalle ab 7 Uhr. / Programm mit Erläuterungen und Texten am Saaleingang. / Ende 10 Uhr.

Unsere nur erstklassigen, allgemein eingeführten und nachweislich tausendfach freies. glänzend begutachteten **Bettstellen** aus Metall für Erwachsene und Kinder, Stahlmatratzen, Polster, Deden, Federbetten liefern wir frachtfrei direkt an Private zu günstigen Preisen und Beding. Katalog 78 R frei. **Eisenmöbelfabrik Zühl (Ehler).**

Rationalkassen beide Kammern. erbet, kauft Bügler, Berlin, Potsdamerstraße 38. 2564

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

am 15. September verbörslich
Tendenz: sehr unbeständig.

	15. September	Mont. Berliner Kurs d. 14. Sept.	Devisen
Amsterdam	47 000 000	35 511 000.-	35 689 000.- ¹
Kopenhagen	—	16 359 000.-	16 411 000.- ¹
London	—	3 970 350.-	3 989 950.- ¹
Paris	550 000 000	408 976 000.-	411 025 000.- ¹
New York	125 000 000	90 174 000.-	90 628 000.- ¹
Schwiz	—	5 228 900.-	5 233 100.- ¹
Wien	—	15 960 000.-	16 040 000.- ¹
Brügge	3 500 000	2 693 250.-	2 708 750.- ¹

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Ründelgelber und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Tausend Mark)	
5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca. 500 000
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca. 480 000
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca. 100 000
7% Weidwerke Goldanleihe	ca. 100 000
5% Preussische Kali-Anleihe pro 100 kg	ca. 100 000
5% Sächsische Maggen-Anleihe pro Ztr.	ca. 110 000
5% Süddeutsche Festwert-Anleihe	ca. 80 000
Dollarobligationen des Deutschen Reichs	—
erner nennen wir noch die nicht mündelsichere	—
5% wertbeständige Anleihe Weinberg Carl, G. m. b. H., Leberfabrik Weinheim	22 400

Schließung der Goldanleihe am 18. September. Die Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des deutschen Reiches wird am 18. September, mittags 1 Uhr, geschlossen. Wie die „Börs. An.“ hört, wird die Goldanleihe voraussichtlich am nächsten Mittwoch an der Berliner Börse erstmalig amtlich notiert werden und zwar dürfte die Notierung in Mark für 1 Dollar lauten. Es dürfte wahrscheinlich eine getrennte Notierung für die großen und kleinen Stücke erfolgen, da die Stücke zu 1, 2 und 5 Dollar im Gegensatz von 10 Dollar aufwärts keine Zinsbindungen haben.

Karlsruher Börse (12. September 1923). Der heutige Börsenbesuch ist anlässlich der israelitischen Feiertage etwas schwächer als sonst. Die ungeheure Devisensteigerung läßt eine Komitierung von Preisen nicht zu. Angebot fast nicht vorhanden. Verkäufer und Käufer halten zurück. Geschäfte sind nicht zu verzeichnen.

Dollarhaufe in Polen. Das Tagesgespräch in Warschau bildet die Tatsache, daß der Dollarkurs, der seit Wochen in Folge der amtlichen Interventionsverläufe künstlich auf 250 000 gehalten werden konnte, seit gestern plötzlich bis auf 315 000 gestiegen ist. Die Regierung versucht zwar, dieses plötzliche Ansteigen rein börsenmäßig zu erklären, es wird jedoch befürchtet, daß der künstlich in gewissen Grenzen gehaltene Dollarkurs durch den ebenso künstlich herbeigeführten Mangel an Umlaufmitteln, wodurch bei polnische Handelswelt gezwungen wird, zur Erlangung von Zahlungsmitteln ihre Dollarkonten auf den Markt zu werfen und den Dollarkurs zu drücken, früher oder später zu einer wahren Devisenkatastrophe führen könnte und erst neulich sowie ein einschlägiges Blatt, man dürfe sich nicht wundern, wenn der Dollarkurs nach Monatsfrist auf 1 Million Polennark stände.

Verschiedenes.

Eine „diabolische“ deutsche Erfindung.

In Londoner gelehrten Kreisen beschäftigt man sich eingehend mit der Frage, ob die Notlandung des französischen Flugzeuges der Luftlinie Straßburg-Paris in der Nähe des Flugplatzes von Fürtz lediglich ein unglücklicher Zufall oder aber auf eine deutsche Entdeckung mit geradezu „diabolischer“ Ausrichtungsmöglichkeit zurückzuführen sei. Man nimmt an, daß das französische Flugzeug über deutschem Gebiet mit unsicht-

baren Straßen heruntergeholt worden ist, die man in deutschen Laboratorien entdeckt hat. Man hat dafür zwei Theorien. Nach der einen wird auf den Flügeln des Flugzeugmotors durch konzentrierte drahtlose Strahlung störend eingewirkt, nach der anderen hat man in Deutschland neue Strahlen entdeckt, die gewisse Metalle des Flugzeuges zum Schmelzen bringen. — Eine solche Erfindung wäre ein wahrer Segen für die Menschheit. Leider aber ist sie bis jetzt nicht gemacht worden.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Das Gebäudeversicherungs-gesetz.

Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Abänderung des Gebäudeversicherungs-gesetzes (Gesetz- und Verordnungsblatt 1920 Seite 453) und gemäß § 8 der Vollzugsverordnung vom 12. Oktober 1920, die Abänderung des Gebäudeversicherungs-gesetzes betreffend (Gesetz- und Verordnungsblatt 1920 Seite 502), für nach dem 1. Januar 1921 eingetretene Schadensfälle von der Gebäudeversicherungsanstalt zu gemäßernde Zuschlag zu der gesetzlichen Entschädigung wird hiermit für Fälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 16. bis einschließlich 31. August 1923 erfolgte, auf das 800 Prozente der unter Zugrundelegung der Baupreise vom 1. August 1914 zugewilligten Entschädigung festgesetzt. Entschädigung und Zuschlag dürfen nicht höher sein, als die tatsächlichen Wiederherstellungskosten des Gebäudes in dem Zustand vor dem Brande.

Karlsruhe, den 8. September 1923.
Der Minister des Innern.
J. B. Leers.

Bekanntmachung.

(vom 12. September 1923.)

Die Erhebung einer fünften vorläufigen Umlage zur Deckung der Lasten der Gebäudeversicherungsanstalt für das Jahr 1922.

Die im Jahre 1922 der Gebäudeversicherungsanstalt erwachsenen Lasten sind im Jahre 1923 durch Umlage aus einer Gesamtversicherungssumme von 6,2 Milliarden Mark (Stand vom 31. Dezember 1922 nach den Baupreisen vom 1. August 1914) zu decken. Zu diesem Zweck wurden bereits vier vorläufige Umlagen in Höhe von je 100 M., von 100 M. und zuletzt von 1000 M. auf je 100 M. Versicherungssumme festgesetzt (Bekanntmachungen vom 27. Juli 1923 Nr. 67984, Staatsanzeiger Nr. 172 und vom 15. August 1923 Nr. 76285, Staatsanzeiger Nr. 188). Infolge der inzwischen eingetretenen, weiteren besonders starken Gebäudeförderung ist zur Deckung des Bedarfs der Gebäudeversicherungsanstalt die Erhebung einer fünften vorläufigen Umlage für das Jahr 1922 notwendig. Auf Antrag des erweiterten Verwaltungsrates der Gebäudeversicherungsanstalt wird diese fünfte vorläufige Umlage für das Jahr 1922 auf 40 000 M. von je 100 M. der nach den Baupreisen vom 1. August 1914 ermittelten Gesamtversicherungssumme festgesetzt. Diese Umlage ist innerhalb vier Wochen vom Tage der Anforderung an zu entrichten.

Karlsruhe, den 12. September 1923.
Der Minister des Innern.
J. B. Leers.

Bekanntmachung

über die Ausfuhrbeschränkung für Wein aus dem Lande Baden.

Auf Grund des § 6 Abs. 2 der Verordnung über Notstandsversorgung vom 13. Juli 1923 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 718) wird mit Zustimmung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Ausfuhr von Wein aus dem Lande Baden nach dem Ausland mit sofortiger Wirkung verboten.

Zwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Karlsruhe, den 13. September 1923.
Der Minister des Innern.
J. A. Dr. A. Jung.

Bürgermeisterstelle.

In der Stadtgemeinde Todtnau (Amt Schönau) mit nahezu 3000 Einwohnern ist die erledigte Bürgermeisterstelle mit einem Berufsbürgermeister als bald neu zu besetzen. Geeignete Bewerber mit entsprechender Vorbildung und praktischer Befähigung werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche, sowie Befähigung der die Befähigung nachweisenden Zeugnisse bis längstens 28. September 1. J. an den Gemeinderat einzulegen. B. 777.1.9
Persönliche Vorstellung vorerst nicht erwünscht.
Todtnau, 11. Sept. 1923.
Gemeinderat.

Wir fertigen als Spezialität

Wertpapiere

Aktien, Gutscheine, Notgeld in einfacher und künstlerischer Ausführung.

G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe i. B.

Karlsruherstr. 14 vorm. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei und Verlag Fernruf 955, 954

Sonntag, den 16. September.
Landestheater. 5-10 Uhr. Sp. 1.60 M. Die Meisterlanger v. Nürnberg.
Konzerthaus. 7b-n. 9 1/2 Uhr. Park. 12.50 M. Die verlorene Tochter.

Ründigung von Schuldverschreibungen der Stadt Mannheim.

Es werden gekündigt auf 1. Januar 1924: Sämtliche Schuldverschreibungen im Nennwert von 5000 M. der Anleihen 1895, 1897, 1898, 1901, 1904 (8 Mill.), 1905 (10 Mill.), 1906, 1907, 1908, 1912, 1914; die ganze Anleihe 1922, 1923 I (150 Mill.), 1923 II (350 Mill.); auf 1. September 1924: Die ganze Anleihe 1919 I (20 Mill.); auf 1. Februar 1925: Die ganze Anleihe 1920. Nach Ablauf der Ründigungsfrist hat die Ründigung auf. Nur soweit die Zinsfälligkeitstage nicht mit der Ründigungsfrist übereinstimmen, werden die Zinsen noch bis zu dem auf den Ründigungszeitpunkt nächstfolgenden Zinsverfalltag bezahlt.

Der Oberbürgermeister.

Montag, 17. Sept. 8 Uhr, Eintracht
Vortrag von Dr. med. Georg Lomer

Tote, die wiederkehren

(Tatsachen und Beweise)
A. d. Inh.: Der Kampf um die Seele. Die Toten im Traum. Neueste Forschungen. Feuer- u. Lichtgestalten. Kinder und Tiere als Geisteser. Flammarions Geistesstatistik. Handgr. Beweise. Kart. zu 1 M., 75, 50 Pf., Schlüsselz. Teuerungsinde. b.

Kurt Neufeldt, Waldstraße 39.

Öffentliche Versteigerung
alter, für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeigneter Geräte, darunter Walfalls, Korren, Wänke, Spiegel, Herde und Ofen gegen Barzahlung am Dienstag, den 18. September d. J., vormittags 8 Uhr, beginnend in Gerätehauflager Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Ruppurstraße.) 2.608
Karlsruhe, 6. Sept. 1923.
Reichsbahndirektion.
Materialamt.

Druck G. Braun, Karlsruhe